

Selbstreferenzielle Angebote

Beschluss
der CDU-Fraktion Berlin
13. Juni 2026

Berliner Landeszentrale
für politische Bildung

22-24

Berliner Landeszentrale
für politische Bildung

EUROPEAN
COMMISSION

BERLIN

CO Berlin Foundation

Naroska

Selbstreferenzielle Angebote

Die politische Bildung ist ein hohes Gut der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Politische Bildungsarbeit im Sinne eines Beutelsbacher Konsenses soll darauf ausgerichtet sein, alle Bevölkerungsgruppen anzusprechen. Um das zu erreichen, muss politische Bildungsarbeit allen Bevölkerungsgruppen ein Angebot unterbreiten. Es besteht der Eindruck, dass seit langem nur bestimmten Bevölkerungsgruppen Angebote in der politischen Bildungsarbeit unterbreitet werden.

Die Corona-Pandemie hat Kinder und Jugendliche besonders getroffen, Jugendeinrichtungen, Schulen, Kitas und andere wichtige Spiel- und Lernorte standen lange Zeit nicht zur Verfügung. Heute nehmen wir eine zunehmende Belastung von Kindern und Jugendlichen in der mentalen Gesundheit wahr, diverse Störungen des Sozialverhaltens und im Gewaltgeschehen.

Die politische Nutzung der schrecklichen Terrorangriffe der Hamas am 07.10.2023 wirken sich bis heute auf unsere Straßen, Plätze, in den Schulen, Jugendeinrichtungen und in der breiten Gesellschaft aus. Fronten verhärten sich, die Polarisierung ist enorm, gerade in den sozialen Medien. Dies hat unmittelbare Wirkungen auf Kinder, Jugendliche und Erwachsene.

Vor diesem Hintergrund und auch mit Blick auf die äußerst angespannte Haushaltslage des Landes Berlin ist eine übergreifende Revision der Strukturen und Projekte dringend notwendig.

Die gegenwärtigen Organisationsstrukturen zur Förderung von Projekten haben sich als ineffektiv erwiesen, um adäquat und unmittelbar auf derartige Ereignisse und Entwicklungen reagieren und eine koordinierte Handlungsfähigkeit sicherzustellen zu können. Sämtliche Senatsverwaltungen sind hiervon betroffen, es gibt wenige klare Strukturen und fachliche Abstimmung zum Einsatz von Projektmitteln, inhaltlichen Schwerpunkten, strategischen Aspekten und der operativen Umsetzung. Dies führt zu Redundanzen, ineffizienten Abläufen und die Verschwendung knapper Ressourcen.

Vor diesem Hintergrund ist diese Art der politischen Bildungsarbeit dringend zu reformieren. Die von unserer Bildungssenatorin geforderte Stabstelle für politische Bildung und Demokratieförderung in der Bildungsverwaltung sollte der erste Schritt sein, eine Fragmentierung der Steuerung zu überwinden und eine ganzheitliche strategische Ausrichtung der politischen Bildung in den Bereichen der (Jugend-)Demokratieförderung, schulischen und außerschulischen Angeboten sowie der Landeszentrale für politische Bildung (LzPB) ermöglichen. Auch die interministeriellen Abstimmungen zum Einsatz von Fördermitteln wären ein wichtiges Aufgabenfeld für diese Organisationsstruktur in den Bereichen der SenASGIVA, SenKultGZ, SenWGP, SenInnSp (LK gegen Gewalt), SenJust und nachgeordneten Einrichtungen.





Dabei ist für uns der Beutelsbacher Konsens der unverzichtbare Maßstab. Insbesondere das Überwältigungsverbot – das Verbot, Kindern und Jugendlichen (vor allem Schülern) eine erwünschte Meinung aufzudrängen – zählt dabei, um die Grenze zwischen Bildung und Indoktrination klar zu ziehen. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht als kontrovers erscheinen. Dennoch sind Schulen und (außerschulische) Bildungseinrichtungen keine wertneutralen Orte. Sie sind im Gegenteil dazu verpflichtet, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu fördern und zu verteidigen. Menschenverachtende, antisemitische oder verfassungsfeindliche Meinungen müssen eine entschlossene Gegenmeinung der pädagogischen Fachkraft erzeugen.

Unsere Forderung nach einer Demokratieklausel, nach einem einfach, schlichten und sachlichen Bekenntnis zu unserer Verfassung, wird wiederum als Kulturkampf und gar als verfassungsfeindlich diffamiert. Dabei konzentrieren sich selbstreferentielle Ansätze häufig auf Machtkritik und Herrschaftsanalyse. Eine so gedachte politische Bildung führt eher zur gesellschaftlichen Polarisierung, anstatt den Zusammenhalt zu fördern, den sie vorgibt fördern zu wollen.

Wir als CDU-Fraktion wollen eine offene, breite und zugewandte politische Bildung, die auch Aspekte der Wirksamkeit enthält. Damit können breite Bevölkerungsschichten erreicht und ideologiefrei von Demokratieförderung partizipieren.

CDU-Fraktion Berlin

Preußischer Landtag | 10111 Berlin

-  Telefon: (030) 23 25 21 15
-  Telefax: (030) 23 25 27 65
-  mail@cdu-fraktion.berlin.de
-  www.cdu-fraktion.berlin.de